Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Monitor-Exklusivinterview: “Die Geschichte von 9/11 muss neu geschrieben werden”
2. “Die Leugnung dieses Verbrechens ist eine zweite Tragödie”
3. Leiharbeit
4. Ein Leben im Kleintransporter: Wie Briefe-Fahrer für die Deutsche Post arbeiten müssen
5. Reden wir über den Arbeitsmarkt und nicht über Pensionen
6. … bei Jörg Hofmann
7. »Gegen die Prinzipien der schwäbischen Hausfrau«
8. Noch ärmer: Wie die Hartz-IV-Reform Alleinerziehende und Rentner schlechter stellt
9. Erbschaftsteuer: Verfassungsgerechtes Alternativmodell kann Aufkommen deutlich steigern, ohne Jobs zu gefährden
10. Ein massiver Angriff auf das Asylrecht
11. “Ich dachte, vor mir steht ein Engel”
12. Ernüchterung nach dem Euromaidan
13. Wahlkampf auf Kosten von Freiheit
14. Grüne Geheimniskrämer
15. “Hitler war ein Westler”
16. Das Letzte: Polizist mit todkranker Tochter erstreitet Sonderurlaub

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Monitor-Exklusivinterview: “Die Geschichte von 9/11 muss neu geschrieben werden”**
   Es geht um ein brisantes Dokument, das bis heute unter Verschluss gehalten wird: Das vom ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush als „geheim“ eingestufte Kapitel des Untersuchungsberichts von Senat und Repräsentantenhaus zu den Terroranschlägen von 9/11. Der ehemalige Vorsitzende dieser Kommission und ehemalige Leiter des Geheimdienstausschusses, Bob Graham, fordert im MONITOR-Interview die Veröffentlichung dieses als „28 Seiten“ bekannt gewordenen Abschnitts. Laut Inhaltsangabe soll es darin um die „ausländische Unterstützung“ einiger Attentäter

gehen.
Graham, Mitglied der US-Demokraten, kennt den Inhalt der Seiten, darf aber keine konkreten Aussagen über Details machen. Dennoch spricht er im MONITOR-Interview erstaunlich offen von einer „systematischen“ Hilfe für die Attentäter aus Saudi-Arabien: „Diese 28 Seiten werden zusätzliche Beweise dafür liefern, dass es eine systematische Unterstützung gab. Und dass dieses System seinen Ursprung vor allem in Saudi-Arabien hat.“ Für Graham steht fest: „Die Geschichte von 9/11 muss neu geschrieben werden.“
Quelle 1: Monitor Pressemeldung
Quelle 2: Monitor Bericht

2. **“Die Leugnung dieses Verbrechens ist eine zweite Tragödie”**
   Die Leugnung des Völkermords an den Armeniern habe sich “zu einer Art Teil des türkischen Patriotismus entwickelt”, sagte der Schriftsteller Zafer Senocack. “Jeder türkische Patriot muss eigentlich dieses Verbrechen leugnen, um Patriot sein zu können, und das ist furchtbar.” Man müsse aufpassen, dass sich nicht eine neuer Kulturkrieg zwischen Ost und West entwickle.
   Quelle: Deutschlandfunk
3. **Leiharbeit**
   a. **Wie Nahles die Rechte von Leiharbeitern stärkt**
      Warum muss die Arbeitnehmerüberlassung eine Ausnahme in der Arbeitsrechtsordnung bleiben?
      Ein Helfer (früher: Hilfsarbeiter) kann für die gleiche Tätigkeit – z.B. einfachste Lagerarbeiten – € 8,50 pro Stunde an einem Arbeitsplatz ohne Kündigungsschutz und betriebliche Altersversorgung oder anderswo € 22 pro Stunde mit faktischer Unkündbarkeit und guten Anwartschaften auf eine Betriebsrente bekommen. Seine Situation hängt entscheidend davon ab, in welchem Betrieb er arbeitet.
      Im Regelfall arbeitet ein Arbeitnehmer für seinen Arbeitgeber. Vergütungshöhe, Gleichbehandlung, Bestandsschutz, Betriebsverfassung und tarifliche Interessenvertretung knüpfen an das Arbeitsverhältnis und an den dazugehörigen Arbeitsplatz an. Am konkreten Arbeitsplatz – also der Einbindung in die Betriebsorganisation des Arbeitgebers – hängen wesentliche Teile des Schutzes, den die Arbeitsrechtsordnung für einen abhängig Beschäftigten bereit hält.
      Es liegt auf der Hand, dass man durch die rechtliche Trennung von Arbeitsverhältnis und Arbeitsplatz in Branchen mit hohem Lohnniveau Lohnkosten sparen und extrem kostengünstig auf Nachfrageschwankungen reagieren kann. Dieser Weg war in Deutschland bis 1972 völlig versperrt; in diesem Jahr wurde Leiharbeit in engen Grenzen legalisiert. 2003 wurde sie

radikal geöffnet und ohne zeitliche Begrenzung mit faktisch sehr niedrigen Löhnen möglich – es gab dann einen richtigen Boom. 2011 wurde sie angesichts der Vorgaben der EU-Leiharbeitsrichtline wieder stark beschränkt; nach der Rechtsprechung ist sie jetzt nur noch für einen vorübergehenden Bedarf legal. Das Lohnniveau ist seit 2010 gestiegen – weil die christlichen Pseudogewerkschaften (CGZP) mangels Tariffähigkeit nicht mehr mitspielen.
Quelle: Peter Schüren auf Makroskop

dazu: **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes**
Quelle: Portal Sozialpolitik [PDF]

b. **Lob vom Callcenter-Chef**
Über den Gesetzentwurf zu Zeitarbeit und Werkverträgen freut sich nur eine Seite
Der vom Bundeskabinett am Mittwoch verabschiedete Entwurf, der Lohndumping durch Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verhindern soll, lässt den Arbeitgebern viel Spielraum.
Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) zeigte sich am Mittwoch optimistisch: »Ich glaube, dass wir weniger ausbeuterische Werkverträge haben werden«, sagte sie in Berlin mit Blick auf den kurz zuvor vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurf, der dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen einen Riegel vorschieben soll. Die »Zwei-Klassen-Gesellschaft« im Betrieb werde so zurückgedrängt, sagte Nahles. Stammbelegschaften würden weniger als bislang durch billigere Arbeitskräfte verdrängt. Wichtigste Neuerung laut Nahles ist die gesetzliche Regelung zu »Equal Pay« nach neun Monaten. »Equal Pay« bedeutet, dass Leiharbeiter den gleichen Lohn erhalten wie vergleichbare Stammarbeitnehmer. Der neue Gesetzentwurf lässt den Arbeitgebern aber eine Frist von neun Monaten. Solange dürfen sie die Zeitarbeiter schlechter entlohnen.
Auch in einem weiteren Punkt enttäuscht der Entwurf. So sollen Leiharbeiter bis zu 18 Monate in demselben Betrieb arbeiten dürfen, ohne von diesem übernommen zu werden. Auch Abweichungen per Tarifvertrag sollen möglich bleiben. Das soll auch für nicht tarifgebundene Unternehmen der betreffenden Branche gelten. »Leiharbeit soll im Einsatzbetrieb zur Dauereinrichtung werden«, kritisierte die gewerkschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Jutta Krellmann, am Mittwoch. Sie verwies zudem darauf, dass die Entleihdauer per Tarifvertrag »zukünftig beliebig verlängerbar« sei. Zudem sei

die ursprüngliche Obergrenze von 24 Monaten für tarifungebundene Unternehmen noch einmal aufgeweicht worden, monierte Krellmann. (…)
Dass Krellmann mit ihrer Kritik nicht ganz daneben liegt, zeigt das dicke Lob von Arbeitgeberpräsident Ingo Krämer für den Entwurf. Die Arbeitgeber seien froh, »dass die ursprünglichen Vorschläge zur gesetzlichen Bestimmung von Kriterien für das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses beziehungsweise eines Werkvertrags nicht weiter verfolgt werden«. Auch die im Entwurf enthaltenen Regelungen zur Überlassungsdauer begrüßte Kramer. Damit könnten die Tarifpartner »weitgehend selbstständig die Höchstüberlassungsdauer in der Zeitarbeit auch über 18 Monate hinaus regeln«.
Quelle: Neues Deutschland

Anmerkung Christian Reimann: *Von wem wird diese Bundesministerin eigentlich beraten, um solche Gesetzesentwürfe zu beschließen? "Aufwachen, Frau Nahles", möchten vermutlich nicht Wenige ihr zurufen. Zu befürchten ist jedoch, dass sie zu weit von der realen Arbeitswelt abgehoben ist.*

4. **Ein Leben im Kleintransporter: Wie Briefe-Fahrer für die Deutsche Post arbeiten müssen**
   Wojtek ist die ganze Woche über unterwegs. Sein Job: Briefe von einem Briefsortierzentrum der Deutschen Post zum nächsten fahren. Für einen Subunternehmer, im Auftrag der Post. Hunderte Kilometer fährt er täglich, in einem Kleintransporter. Und mit dem fährt er nicht nur, darin lebt er. Nachts muss er auf dem Boden im Laderaum schlafen. Denn von seinem geringen Lohn kann er sich keine Unterkunft leisten. Und von seinem Arbeitgeber bekommt er keine Hilfe. Vielen Fahrern geht das inzwischen so. Die Post tut so, als ginge sie das nichts an. Dabei schlafen einige der Fahrer in ihren Transportern sogar auf Post-Gelände.
   Quelle: Monitor
5. **Reden wir über den Arbeitsmarkt und nicht über Pensionen**
   Wenn es um die Pensionen geht, wird ein Thema allzu voreilig an den Rand geschoben: der Arbeitsmarkt. Dabei müsste dieser bei jeglicher Diskussion über die Pensionen im Mittelpunkt stehen. Junge Menschen sind mit einer äußerst schwierigen Arbeitsmarktsituation konfrontiert. Dies gefährdet ihre aktuellen Arbeits- und Lebenschancen, aber auch ihre Absicherung im Alter.
   In Zusammenhang mit dem demografischen Wandel, der sich durch die an sich positive Entwicklung kennzeichnet, dass mehr Menschen länger leben, wird rund um die Finanzierung des Pensionssystems „mantrahaftig" der Begriff der Generationsgerechtigkeit getrommelt. Dabei wird unterstellt und propagiert, dass

aufgrund der höheren Zahl an PensionsbezieherInnen die Finanzierung der Pensionen gefährdet ist und somit die Jugend von heute um ihre Pensionen fürchten muss. Im Sinne eines Generationsvertrages erscheint dies als ungerecht, so der Wortlaut. Völlig außer Acht lässt dieses Verständnis einer Generationsgerechtigkeit, dass für die Finanzierung des Pensionssystems der Arbeitsmarkt entscheidend ist. Anders ausgedrückt: Es geht darum wie viele Menschen wie ins Erwerbssystem integriert sind. Und gerade in Bezug auf die Integration in die Arbeitswelt fühlen sich viele junge Menschen in Europa von der Politik und Gesellschaft „alleingelassen“ und ausgenutzt.
Quelle: blog.arbeit-wirtschaft.at

6. **… bei Jörg Hofmann**
   Wollen Sie einmal ein Beispiel dafür haben, wie ein Arbeitgeber und ein Gewerkschaftler an dem Thema vorbeireden, zu dem sie eigentlich gefragt sind? Lesen sie das Interview von Ulrich Grillo, dem Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie und Jörg Hofmann, dem Vorsitzenden der IG-Metall in der WELT (hier).
   Die beiden sind sich einig, dass man „gute Unternehmen braucht, die gute Löhne zahlen“. (…)
   Erst bestreitet der Chef der IG-Metall den unbestreitbaren Zusammenhang zwischen Löhnen und Preisen vehement, dann benutzt er ihn, ohne dazwischen wenigstens eine Sekunde nachzudenken. Das ist offenbar höhere Tariflogik, die normale Menschen nicht durchschauen können. Das Motto, das Jörg Hofmann zitiert, ist nämlich vollkommen richtig: Ohne eine stärkere Lohnentwicklung gibt es keine Chance, die Inflation auf das gewünschte Niveau zu heben. Diese These erklärt er aber dann für falsch, weil die Gewerkschaften ja sogar reale Lohnsteigerungen rausschlagen und damit für Beschäftigungsimpulse sorgen.
   Lieber Jörg Hofmann, ich weiß, es ist schwer, zwischen europäischer Lohnentwicklung und den Wirkungen dieser europäischen Politik auf die deutschen Preise und die deutschen Reallöhne zu unterscheiden. Aber stellen wir uns einmal vor, es wäre so, dass die Preise in Deutschland nicht nur wegen der Ölpreise so niedrig sind, sondern auch deswegen, weil die Nominallöhne in ganz Europa fast nicht steigen oder sogar fallen. Das käme aber daher, dass die Tarifpartner in den anderen Ländern von Deutschland aufgefordert werden, genau das zu tun, was die deutschen Gewerkschaften 15 Jahre lang vorgemacht haben, nämlich die Nominallöhne weniger stark zu erhöhen als es der nationalen Produktivitätszunahme und dem europäischen Inflationsziel entspricht. Dann kommt raus, dass die deutschen Reallöhne jetzt steigen, weil die Nominallöhne bei den Handelspartnern in der Währungsunion nicht mehr steigen. Der große Erfolg der deutschen Gewerkschaften liegt folglich daran, dass es auch weiterhin einen engen Zusammenhang zwischen Löhnen und Preisen gibt.

Immer noch kompliziert? Dann müssen Sie unbedingt die ganze Geschichte kennen, die man hier nachlesen kann.
Quelle: Makroskop

7. **»Gegen die Prinzipien der schwäbischen Hausfrau«**
Das Magazin Makroskop will kritische Alternativen zur eintönigen Medienlandschaft liefern. Ein Gespräch mit Heiner Flassbeck
Sie haben jetzt ein neues Onlinemagazin aus der Taufe gehoben: Makroskop. Auf Ihrer Homepage wird es zurückhaltend als »Plattform für kritisches Denken« umschrieben. Was wollen Sie den Lesern vermitteln?
Wir kommen in erster Linie aus dem wirtschaftspolitischen Bereich und wollen den Mainstream der Wirtschaftswissenschaften in Frage stellen, weil wir glauben, dass es dort eine fürchterliche Fehlentwicklung gegeben hat. Aber auch in bezug auf andere Bereiche, wie internationale Länderberichte, sind wir der Meinung, dass über die herrschenden Medien viele Fehlinformationen verbreitet werden. Wir wollen kritischen Autoren, die unabhängig von den großen Medien tätig sind und nicht einfach nur alles nachplappern, eine Plattform bieten.
Am vergangenen Freitag haben Sie die ersten Artikel auf Ihrer Homepage veröffentlicht, bevor am 1. Juli die erste Ausgabe von Makroskop herauskommen soll. In welchem Rhythmus soll das Magazin erscheinen? Wird es auch eine gedruckte Ausgabe geben?
Zunächst ist es ein Internetmedium. Ob wir daraus auch Print machen, steht noch in den Sternen. Unser Anspruch ist es, weg von einem normalen Blog zu kommen und ein Magazin anzubieten, das in der Lage sein wird, nicht nur wöchentlich Artikel zu liefern, sondern auch tagesaktuell auf Ereignisse zu reagieren und diese angemessen zu kommentieren.
Quelle: junge Welt

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch Heiner Flassbeck verstärkt den Kampf des Ökonomen gegen die Ideologen: Mit einem neuen Medium, mit Makroskop.*

8. **Noch ärmer: Wie die Hartz-IV-Reform Alleinerziehende und Rentner schlechter stellt**
„Rechtsvereinfachung“. Unter diese harmlose Überschrift stellt die Bundesregierung die aktuelle Hartz-4-Reform. Weniger Bürokratie, klarere Regeln, keine Kürzungen. So verkauft auch SPD-Arbeitsministerin Nahles die Änderungen. Der aktuelle Gesetzentwurf aber stellt viele Hartz-4-Empfänger schlechter. Besonders betroffen sind Alleinerziehende und ältere Arbeitslose. Wie passt das zum Versprechen der SPD,

sich stärker für soziale Gerechtigkeit einzusetzen
Quelle: Monitor

dazu: **Mehr als 1,54 Millionen! Kinder unter 15 in SGB II-Bedarfsgemeinschaften: Bund und Länder 2007 bis 2015**
1,54 Millionen plus 126.000 im Jahresdurchschnitt 2015. Die von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit gezählten Kinder im Alter von unter 15 Jahren in den sogenannten SGB II-Bedarfsgemeinschaften umfassen mehr als die am 30./31. Mai 2016 berichteten "nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten" im Alter von unter 15 Jahren (NEF_u15). Neben den genannten 1,54 Millionen NEF_u15 wurden 2015 im Jahresdurchschnitt 126.163 weitere Kinder im Alter von unter 15 Jahren als "Personen in Bedarfsgemeinschaften" statistisch erfasst: 30.743 "nicht erwerbsfähige sonstige Leistungsberechtigte" (NESLB_u15), 89.597 "Kinder ohne Leistungsanspruch" (KOL_u15) und 5.823 "vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen" (AUS_u15). Die Zahl der Kinder im Alter von unter 15 Jahren in Familien, die auf SGB II-Leistungen (Hartz IV) angewiesen sind, betrug demnach im Jahresdurchschnitt 2015 insgesamt 1,668 Millionen (PERS_u15). (siehe Tabelle 1, Seite 1) Die vorläufige Quote, berechnet aus den PERS_u15 bezogen auf die Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren (BEV_u15) betrug 2015 im Jahresdurchschnitt 15,6 Prozent (PERS_u15-Quote) – bei einer NEF_u15-Quote von 14,4 Prozent.
Quelle: BIAJ

9. **Erbschaftsteuer: Verfassungsgerechtes Alternativmodell kann Aufkommen deutlich steigern, ohne Jobs zu gefährden**
Eine konsequente und verfassungsgerechte Reform der Erbschaftsteuer könnte das Aufkommen aus dieser Steuerart langfristig deutlich steigern und dabei helfen, der gewachsenen sozialen Ungleichheit entgegenzuwirken. Darauf weist Prof. Dr. Gustav A. Horn hin, der wissenschaftliche Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. Die bislang diskutierten Gesetzespläne der Bundesregierung – über die der Koalitionsausschuss in der vergangenen Nacht keine Einigung erzielt hat – erfüllten diese Anforderung nicht, sagt Horn. Das macht eine Analyse aus der kürzlich vorgelegten IMK-Steuerschätzung deutlich. Der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums „steigert das Aufkommen nur unzureichend, beseitigt kaum die Privilegierung des Betriebsvermögens und birgt weiterhin verfassungsrechtliche Risiken", schreiben darin die IMK-Steuerexpertin Dr. Katja Rietzler, der Berliner Wirtschaftsprofessor Prof. Dr. Achim Truger, der Steuerfachmann Dieter Teichmann und Birger Scholz von der Freien Universität Berlin. Die vier Wissenschaftler legen ein verfassungsgerechtes Alternativkonzept vor,

mit dem sich außerdem das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer langfristig verdoppeln ließe – ohne bei der Übertragung von Betrieben Arbeitsplätze zu gefährden. „Die Koalition sollte die Chance nutzen, um bei der Erbschaftsteuer ein überzeugendes Zeichen für mehr Gerechtigkeit zu setzen“, sagt Horn.
Quelle: Hans-Böckler Stiftung

10. **Ein massiver Angriff auf das Asylrecht**
Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat Alarm geschlagen und ein pikantes Detail im Entwurf für ein Integrationsgesetz an die Öffentlichkeit gespült: Ein Flüchtling, egal woher er kommt, soll hier keinen Asylantrag mehr stellen können, wenn irgendein Drittstaat bereit ist, ihn aufzunehmen. Dahinter verbirgt sich der bisher massivste Angriff des Gesetzgebers auf das Grundrecht auf Asyl und der erbärmliche Abschied von den Standards der Genfer Flüchtlingskonvention. Wird die Änderung Gesetz, spielt künftig keine Rolle mehr, wie verfolgt der Flüchtling ist, wie der Drittstaat es mit den Menschenrechten hält und wie sicher der Flüchtling dort ist.
Quelle: FR Online

dazu: **EU-Deals mit Afrikas Diktatoren**
Afrikanische Migranten, die auf ihrem Weg nach Europa den Sudan durchqueren, müssen ab sofort noch eine zusätzliche Hürde überwinden. Außer den Erpressungsversuchen ihrer Schlepper, den Schmiergeldforderungen sudanesischer Soldaten sowie der lebensgefährlichen Durchquerung der Sahara und der Überquerung des trügerischen Mittelmeers droht ihnen jetzt noch eine weitere Gefahr: Dass sie von der sudanesischen Regierung unter ihrem vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Völkermordes angeklagten Präsidenten Omar al-Baschir aufgegriffen, einsperrt und gegen ihren Willen wieder nach Hause geschickt werden. Die ersten 442 Eritreer wurden Ende vergangener Woche in einem Lastwagen-Konvoi in ihre ebenfalls von einem Diktator beherrschte Heimat am Horn von Afrika verfrachtet: Eine eigentlich rechtswidrige Aktion, die von der Europäischen Union wenn nicht ausgelöst wurde, so doch zumindest gutgeheißen wird.
Quelle: FR Online

11. **“Ich dachte, vor mir steht ein Engel”**
Als in den Siebzigerjahren – der Vietnamkrieg war gerade zu Ende – die dramatischen Bilder der sogenannten Boat People um die Welt gingen, da gründete Rupert Neudeck gemeinsam mit seiner Frau Christel und Prominenten wie Heinrich Böll den Verein Cap Anamur. Am Ende sollte er über 11.000 Menschen damit vor dem Ertrinken retten. Einer von ihnen war Co Kim Ha Nguyen. Co Kim Ha Nguyen kommen die Tränen, als er vom Tod Rupert Neudecks erfährt. Der 76-Jährige kann nicht fassen,

dass der Mann, der ihn gerettet hat, nicht mehr lebt. Er erinnert sich noch genau an die letzte Begegnung mit ihm. Ein paar Jahre ist das her, dass er ihm auf einem Bürgerfest in Troisdorf ein selbst gemaltes Bild überreichte. Darauf: die Cap Anamur. "Ich dachte, vor mir steht ein Engel. Es gibt keinen Menschen wie ihn. Einer, der nicht zuerst an sich denkt, sondern an andere. Worte allein reichen nicht, um ihm zu danken."
Quelle: Deutschlandfunk

12. **Ernüchterung nach dem Euromaidan**
„Ernüchterung nach dem Euromaidan" heißt der neue Bericht von Reporter ohne Grenzen über die Lage von Journalisten und Medien in der Ukraine. Er beschreibt die fragile Situation eines Landes, in dem Journalisten frei arbeiten und investigativ berichten können, gleichzeitig aber vor immensen Problemen stehen: Die wichtigsten Fernsehsender des Landes gehören Oligarchen, die ihre Medien im Kampf um wirtschaftliche Macht missbrauchen. Die Wirtschaftskrise macht es unabhängigen Medien schwer, funktionierende Geschäftsmodelle zu entwickeln. Große Defizite gibt es auch in der Journalistenausbildung. ROG appelliert deshalb an ausländische Regierungen, Geberorganisationen und Medien, die Reformanstrengungen der ukrainischen Kollegen aktiver und nachhaltiger zu unterstützen.
„Der Situation in der Ukraine bietet heute viele Chancen, aber die Ansätze einer pluralistischen Medienlandschaft benötigen unsere Unterstützung", sagte ROG-Vorstandsmitglied Gemma Pörzgen in Berlin. „Nach der Aufbruchsstimmung während des Euromaidan hat sich unter vielen Journalisten Ernüchterung breit gemacht. Sie stehen vor einer dreifachen Herausforderung durch den Krieg im Osten des Landes, die schwere Wirtschaftskrise und die Digitalisierung. " Für den von der Robert-Bosch-Stiftung finanzierten Bericht hat Pörzgen im Januar und Februar in der Ukraine recherchiert und mehr als 30 Interviews mit Journalisten und Medienexperten geführt. Die Untersuchung beschränkt sich auf die von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete des Landes.
Quelle: Reporter ohne Grenzen

dazu: **"Ein schwieriger, schmerzhafter Prozess"**
Ein großes Problem sieht die Journalistin, die wochenlang in der Ukraine recherchiert hat, in der Polarisierung der öffentlichen Meinung. Diese führe dazu, "dass viele Kollegen eben es an Objektivität vermissen lassen und gerne entweder Sachen weglassen oder eben tatsächlich patriotisch auch in ihrem Beruf auftreten." Kollegen hingegen, die versuchten, professionell zu arbeiten, würden angegriffen und als nicht loyal gegenüber Land und Regierung gelten. Nicht umsonst trage ihr Bericht den Titel "Ernüchterung nach dem Euromaidan", sagt Pörzgen. Dennoch erkenne sie in dem

Land auch Chancen. So habe die Regierung etwa versucht, wichtige Mediengesetze zu verabschieden. Gleichzeitig gebe es "so etwas wie den Aufbau eines öffentlich-rechtlichen Senders", der durch die Umwandlung des alten Staatssenders zu Stande kommen solle.
Quelle: Deutschlandradio Kultur

13. **Wahlkampf auf Kosten von Freiheit**
Seit Sommer 2015 gibt es eine Spezialeinheit der Bundespolizei: BFE+ (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit +). Am 30. Mai 2016 berichtet das ZDF in „Frontal 21" (link is external), dass Ausrüstung und Ausbildung dieser Einheit skandalös schlecht seien. Diese müssten sich noch viel mehr am Militär ausrichten. Irene Mihalic, sicherheitspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag und langjährige Polizeibeamtin, stellt in dieser Sendung heraus, dass der Anti-Terror-Einsatz quasi nebenbei erledigt werden müsste. Diese Einheiten, von denen es selbstverständlich zu wenige gäbe, müssten noch andere Arbeiten erledigen. Man reibt sich die Augen, habe ich da etwas verpasst, erleben wir denn gerade täglich Terrorangriffe? Selbstverständlich fordert Jörg Radek, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, dann auch noch, den ganz normalen Streifenbeamten besser auszustatten. „Er ist bei einem Terroranschlag immer der erste vor Ort." Mit dieser Einheit wird tatsächlich die Trennung von Militär und Polizei weiter aufgeweicht. Dem Bürger wird mal wieder suggeriert, die Polizei wäre schlecht ausgestattet und könnte unsere Sicherheit nicht gewährleisten. Verschwiegen werden all die seit den 1970er Jahren aufgebauten Einheiten, die schon lange hochgerüstet für die Sicherheit sorgen sollen und auf den Einsatz von Gewalt spezialisiert sind. Die Länder verfügen über SEKs (Spezialeinsatzkommando), ihre Kriminalpolizeien über MEKs (Mobile Einsatzkommando). Auch das Bundeskriminalamt hat ein MEK und die GSG 9 der Bundespolizei soll ebenfalls den Terrorismus bekämpfen.
Quelle: Grundrechtekomitee
14. **Grüne Geheimniskrämer**
Was man nur von den Schwarzen kannte, praktizieren jetzt auch die Grünen im Land: unangenehme Wahrheiten unter Verschluss halten. Ein verheimlichtes CETA-Gutachten beschädigt Winfried Kretschmanns Glaubwürdigkeit, meint unser Autor. Es war die Baronin Helene von Reitzenstein, die zwischen 1910 und 1913 ihrem verstorbenen Mann mit einer Villa in bester Stuttgarter Halbhöhenlage ein Denkmal errichten ließ. Dank der Inflation erwarb der freie Volksstaat Württemberg die Villa Reitzenstein 1922 zum Spottpreis von 5,5 Millionen Papiermark, ab 1925 diente sie als Sitz des württembergischen Staatspräsidenten. 86 Jahre später, im Frühjahr 2011, zog Winfried Kretschmann in den zweigeschossigen Dreiflügelbau ein. Der erste grüne

Ministerpräsident der Republik öffnete die Türen des Amtssitzes, hinter denen zuvor knapp fünf Jahrzehnte die Christdemokraten fast schon autokratisch geherrscht hatten: Im Juli 2012 durfte das Volk das Allerheiligste bestaunen und dessen damaligen grün-roten Ministern Löcher in den Bauch fragen. Das sollte wohl Transparenz und Bürgernähe symbolisieren.
Quelle: Kontext:Wochenzeitung

15. **"Hitler war ein Westler"**
Islamophobe Montagsmarschierer, Bürgerattacken auf einen Flüchtlingsbus, Ausschreitungen gegen Ausländer – Alltagsrassismus scheint im Osten anders verbreitet zu sein als in Westdeutschland. Aber warum ist das so und was hat das mit der DDR zu tun? […]
1949 wurde die DDR als "erster antifaschistischer Staat auf deutschem Boden" gegründet. Dem jungen Staat wurde damit schon im Titel ein schillernder Gründungsmythos mit auf den Weg gegeben: antifaschistisch – nicht der Nationalsozialismus ist das Erbe des neuen deutschen Staates, sondern der Widerstandskampf der Kommunisten. In dieser Tradition sahen sich die kommunistischen Führungseliten – und ihre DDR. […]
Classen: "Es gibt diese These der Externalisierung des Nationalsozialismus. Das ist auch, glaube ich, ein Stück weit wirklich richtig. Indem man eben selber sich dieses Prädikat des Antifaschistischen verliehen hat, war klar, das Faschistische muss das Andere sein. Und das war der "Sowieso-Gegner" Bundesrepublik."
Quelle: Deutschlandradio Kultur
16. **Das Letzte: Polizist mit todkranker Tochter erstreitet Sonderurlaub**
Das Land Niedersachsen hat einem Polizisten Sonderurlaub für einen Besuch seiner Tochter im Hospiz verwehrt: Er sei ja schon mehrmals dort gewesen und sie sei immer noch am Leben. "Zynisch", befand nun ein Gericht. (…)
Die Tochter, 25, leidet dem Gericht zufolge an einer angeborenen und unheilbaren Stoffwechselkrankheit. Sie ist schwerbehindert, kann nicht mehr sprechen, ist auf den Rollstuhl angewiesen und der höchsten Pflegestufe zugeordnet.
Der Polizist hatte in den vergangenen zehn Jahren immer wieder Sonderurlaub beantragt, um sich um seine Tochter kümmern oder sie in ein Hospiz begleiten zu können. Familien mit unheilbar kranken Kindern dürfen sich in einem Kinderhospiz für einige Wochen im Jahr erholen oder dort die letzte gemeinsame Zeit verbringen.
Der Arbeitgeber hatte den Sonderurlaub bisher immer bewilligt. Aber jetzt sollte damit Schluss sein. Die Begründung: Die Tatsache, dass die Tochter nach zehn Jahren noch am Leben sei, lasse begründete Zweifel daran zu, dass eine begrenzte Lebensdauer von wenigen Monaten zu erwarten sei. Außerdem verwies die Behörde auf die Personalknappheit bei der Polizei.

Quelle: Spiegel Online